

Nach Mofert-Angaben sollen in diesem Jahr insgesamt bereits ca. 85.000 Chinesen im Ausland arbeiten. (CD, 24.11.91) Der überwiegende Teil dieser Arbeitskräfte wird jedoch die in Südostasien derzeit bestehende Knappheit an qualifizierten Fachkräften nicht reduzieren können. Insgesamt ist der Anteil gut ausgebildeter chinesischer Manager und Techniker, die im Ausland arbeiten, noch sehr gering. -schü-

Binnenwirtschaft

*(26)

Umstrukturierung des Staatshaushalts

Nach Angaben von Wang Xingyi, Sprecher des Finanzministeriums, hat der Staatsrat eine Umstrukturierung des Staatshaushalts beschlossen. Der bisherige einheitliche Staatshaushalt wird aufgeteilt in einen regulären Haushalt und einen Investitionshaushalt (capital construction budget). Die Aufteilung des Staatshaushalts in zwei getrennte Budgets soll nach Wang die Transparenz erhöhen, eine bessere Kontrolle gewährleisten und sei in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft. Da dem regulären Haushalt Priorität eingeräumt würde, müßte der Investitionshaushalt auf die von der Regierung zusätzlich beschaffbaren Finanzmittel beschränkt werden. Die Aufteilung in zwei Haushalte erlaube außerdem die bessere Analyse der jeweiligen Budgetentwicklung. Darüber hinaus erleichtere das neue System die Verwaltung und Überwachung unterschiedlicher Haushaltstitel nach verschiedenen Kategorien.

Die neuen Budgetrichtlinien (Regulation of State Budget Management, SWB, 5.11.91), die zum 1.1.92 in Kraft treten werden, erlauben beim regulären Haushalt kein Defizit, während ein Teil des Investitionshaushalts durch in- und ausländische Kreditaufnahme finanziert werden kann. Insgesamt sieht Wang Xingyi für die nächsten Jahre jedoch keine Möglichkeit, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu gewährleisten. So sei nicht damit zu rechnen, daß die staatlichen Einnahmen aufgrund der negativen Gewinnentwick-

lung der (staatlichen) Unternehmen wesentlich gesteigert werden könnten. Gleichzeitig würden die Staatsausgaben aufgrund notwendiger Investitionen und Projekte für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung steigen und außerdem höhere in- und ausländischen Schulden getilgt werden müssen. (XNA, 14.11.91; CD, 24.11.91)

Im Hinblick auf das erwartete hohe Haushaltsdefizit in diesem Jahr forderte der Staatsrat in einem dringenden Rundschreiben Anfang November die lokalen Regierungsebenen dazu auf, ihre Einnahmen im 4.Quartal 91 zu erhöhen und die Ausgaben zu beschneiden. Obwohl sich die gesamtwirtschaftliche Situation verbessert habe, sei die Entwicklung des Staatshaushalts weiterhin sehr kritisch und durch die finanzielle Unterstützung der Überschwemmungsgebiete stark belastet. Würden die finanziellen Probleme in den nächsten Monaten nicht gelöst werden können, so wurde in dem Rundschreiben gewarnt, seien negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsreform und Entwicklung im Jahre 1992 zu befürchten. Um die geplanten Zielvorgaben zu erreichen, sollten insbesondere die vom Zentralkomitee der KPCh erlassenen Richtlinien zur weiteren Belebung der großen und mittleren Staatsbetriebe beachtet und die gesetzlichen Steuerbestimmungen stärker durchgesetzt werden. (SWB, 12.11.91).

Wang Bingqian, Finanzminister und Direktor der Führungsgruppe für den Einzug von Steuerrückständen beim Staatsrat, kündigte die Erhebung von Geldstrafen für solche Unternehmen an, die ihre Steuern nicht entrichteten; mit Beginn des kommenden Jahren sollen die Steuerabteilungen monatlich Gebühren erheben. Wang Bingqian will die Steuerrückstände der Unternehmen, die im September d.J. noch 21,34 Mrd. Yuan [rund 9 Mrd. mehr als am Anfang dieses Jahres] betragen, bis Ende des Jahres auf unter 10 Mrd. Yuan reduzieren. (XNA, 13.11.91) -schü-

*(27)

Neue Regionalplanung sieht 10 Wirtschaftsregionen vor

Die Staatliche Planungskommission hat einen Entwurf verabschiedet, der die Aufteilung Chinas in 10 Wirtschaftsregionen vorsieht. Der Plan ist

das Ergebnis von Untersuchungen des Forschungsinstituts für regionale Entwicklungspolitik, das der Planungskommission unterstellt ist.

Folgende Gebiete werden dem Entwurf entsprechend zu Wirtschaftsregionen zusammengefaßt, denen bestimmte regionalpolitische Funktionen übertragen werden:

1. Wirtschaftsregion Nordost: Diese Region wird durch die Provinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning sowie den östlichen Teil der Inneren Mongolei gebildet. Da dieses Gebiet durch eine reiche Ausstattung an natürlichen Ressourcen und fruchtbaren Anbauböden charakterisiert ist, soll es sowohl zur größten schwerindustriellen Basis als auch zur Basis für Ackerbau, Forstwirtschaft und Viehzucht entwickelt werden.
2. Wirtschaftsregion Nord: Zu dieser Region zählen das Gebiet des Bohai-Meereres sowie die zwei Großstädte Beijing und Tianjin und die Provinzen Hebei und Shandong. Dieses Gebiet wird als 'Herz' Chinas betrachtet und bietet eine Fülle von Talenten und modernen Ausrüstungen, so daß in dieser Region intelligente und technologieintensive Industrien entwickelt werden sollen. Unter Berücksichtigungen ihrer besonderen Ausstattungen sind die Küstengebiete in Shandong und Hebei zu Zentren für Hochseefischerei, Aquakultur und Baumwollproduktion zu entwickeln.
3. Wirtschaftsregion Yangtze-Delta: Diese Region umfaßt Shanghai und die zwei Provinzen Jiangsu und Zhejiang. Für diese Region sind eine hohe Bevölkerungsdichte, vergleichsweise besser qualifizierte Arbeitskräfte und eine entwickelte Verarbeitungsindustrie charakteristisch, so daß hier High-Tech-Verarbeitungsindustrien entwickelt werden sollen. Diese Region wird das größte wirtschaftliche Kerngebiet sowie eine gegenüber dem Ausland offene Basis und ein Ausbildungszentrum für Arbeitskräfte und ein Informationszentrum für Handel und Finanzen sein.

4. Wirtschaftsregion Südliche Küstengebiete: In diese Region werden die Provinzen Guangdong, Guangxi, Fujian und Hainan einbezogen. Diese Region wurde als erste gegenüber dem Ausland geöffnet und ihre Bevölkerung besitzt einen starken Geschäftssinn. In den letzten zehn Jahren seit der Öffnung wurden die wirtschaftlichen Grundlagen geschaffen, die die Region am geeignetsten für die Entwicklung einer exportorientierten Wirtschaft mit dem Aufbau von Exportbasen macht.
5. Wirtschaftsregion Mittellauf Gelber Fluß: Diese Region wird durch die Provinzen Shanxi, Shaanxi, Henan und den westlichen Teil der Inneren Mongolei gebildet. Da in diesem Gebiet reiche Kohleressourcen existieren, die über 80% der gesamten Kohlevorkommen darstellen, soll hier die größte Zone für eine umfassende Entwicklung von Energie und Chemieindustrie entstehen.
6. Wirtschaftsregion Unterlauf Gelber Fluß: Hierzu werden die Provinzen Gansu, Qinghai und Ningxia gezählt. Da diese Region durch den Gelben Fluß über reichliche Wasserressourcen verfügt, sollen hier zur Entwicklung von Produktionsbasen für Energie, Rohstoffe und weiterverarbeiteten Materialien verstärkt Wasserkraftwerke gebaut werden. Um die wirtschaftliche Situation in dieser Region möglichst zu verbessern, sollen gleichzeitig die Nahrungs- und Futtermittelindustrie entwickelt werden.
7. Wirtschaftsregion Yangtze-Mittellauf: Diese Region besteht aus den Provinzen Hunan, Hubei, Jiangxi und Anhui. Das Gebiet soll zu einem wirtschaftlichen Korridor entlang des Yangtze entwickelt werden, in dem überwiegend Industrien mit einem hohen Transport- und Wasserbedarf angesiedelt werden. Darüber hinaus soll diese Region zu einer wichtigen landwirtschaftlichen Produktionsbasis ausgebaut werden.
8. Wirtschaftsregion Yangtze-Oberlauf: Diese Region umfaßt die Provinzen Sichuan, Guizhou und

Yunnan und wird als wichtige industrielle Basis vor allem für die Chemieindustrie und für Industrien mit einem hohen Energieverbrauch entwickelt. Außerdem sollen in der Region die Bereiche Ackerbau und Forstwirtschaft intensiv gefördert werden.

9. Wirtschaftsregion Xinjiang. Die gesamte Provinz Xinjiang stellt ein Sechstel der gesamten Fläche Chinas und weist große Vorkommen an Erdöl und mineralischen Ressourcen auf. Die Region soll in eine wichtige Produktionsbasis für Erdöl und für die petrochemische Industrie sowie als Basis für Ackerbau und Viehzucht mit entsprechender Verarbeitungsindustrie entwickelt werden.
10. Sonderwirtschaftsregion Tibet. Diese Region ist aufgrund der ungünstigen klimatischen und geographischen Bedingungen am wenigsten entwickelt, so daß Tibet als Wirtschaftsregion mit besonderen Bedingungen betrachtet werden muß. Um die Entwicklung dieser Region zu beschleunigen, benötigt Tibet die Unterstützung des gesamten Landes sowie besondere Präferenzen. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, in: SWB, 7.11.91) -schü-

*(28)

Noch Probleme mit Verschuldungsketten und hohen Lagerbeständen

Einem Bericht der *RMRB* vom 11.11.91 zufolge, konnte zwar die für dieses Jahr geplante Reduzierung der Unternehmensverschuldung um 100 Mrd. Yuan bereits Ende Oktober erreicht werden. Zur Lösung der Verschuldungsketten zwischen den Unternehmen mit einem Umfang von 101,1 Mrd. Yuan mußten insgesamt Bankkredite in Höhe von 28,4 Mrd. Yuan bereitgestellt werden; 2,2 Mrd. Yuan brachten die Lokalregierungen und Unternehmen selbst auf.

Trotz der ersten Erfolge bei der Reduzierung der Unternehmensverschuldung ist das Problem jedoch noch keineswegs gelöst. So würden sich neue Verschuldungsketten regional unterschiedlich und in bestimmten Wirtschaftsbereichen in stärkerem Maße bilden. Auch nach Einschätzung des

Staatlichen Statistikamtes sei das Ergebnis der umfangreichen Kampagnen gegen die Verschuldungsketten keineswegs so offensichtlich. (SCMP, 12.11.91)

Untersuchungen der China Industry and Commercial Bank von 40.000 Unternehmen geben eine Gesamtsumme der Verschuldung zwischen den Unternehmen im September d.J. in Höhe von 228,8 Mrd. Yuan an, dies sind 36,8 Mrd. Yuan mehr als im Januar 1991. Die Verschuldungssituation soll sich auch deswegen verschlechtert haben, weil trotz mangelnder Zuweisung staatlicher Mittel neue Investitionsprojekte begonnen wurden. (SCMP, 12.11.91)

Auch der Abbau der hohen Lagerbestände und die Reduzierung der Produktion nicht vermarktbarer Produkte erfolgt nur sehr langsam. So sei trotz der Preissenkungen um 20% und 30% im Einzelhandel der Verkauf von 'Ladenhütern' eher enttäuschend gewesen. Viele Unternehmen hätten weiter ihre Außenstände nicht realisieren können. (SWB, 18.11.91)

Insgesamt soll der Wert aller Außenstände, einschließlich Endprodukte, gelieferter Waren und bereitgestellter Kredite, von 40.000 staatlichen Industrieunternehmen im Oktober 361,83 Mrd. Yuan (rd. 68,3 Mrd. US\$) betragen haben. Damit habe sich im Oktober die Situation der Unternehmen um 794 Mio. Yuan gegenüber dem Monat September verbessert. Die in Endprodukten bzw. Lagerbeständen gebundenen Kapitalmittel der Unternehmen betragen 131,8 Mrd. Yuan bzw. 2,03 Mrd. Yuan weniger als im September. (XNA, 27.11.91) -schü-

*(29)

Bewertung der Austerity-Periode

Mit Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre hat das Staatliche Statistikamt in einem Bericht die dreijährige Austerity-Periode analysiert.

Dem Bericht zufolge konnte die chinesische Wirtschaft im Zeitraum 1979 bis 1988 mit Hilfe der Reformen und der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik in allen Bereichen schnelle Fortschritte machen. Aufgrund einer zu schwachen makroökonomischen Kontrolle überhitze sich die Wirtschaft dann jedoch

und es habe ein exzessives Wachstum in den Bereichen Kredite, gesamtwirtschaftliche Nachfrage, Verarbeitungsindustrie und bei den Güterpreisen gegeben. Zu den negativen Folgen dieser Entwicklung zählten das Chaos in der wirtschaftlichen Ordnung und im Handel, Spekulation und Preistreiberei. Vor diesem Hintergrund habe die KPCh die Politik der Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und die Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung Ende 1988 eingeleitet.

Die Austerity-Politik sei mit der Reduzierung des institutionellen Konsums [der staatlichen Unternehmen und Verwaltungseinheiten] und der Bekämpfung des Preisanstiegs begonnen worden und hätte zu erstaunlichen Erfolgen geführt. Als positive Entwicklung könne der Ausgleich von Angebot und Nachfrage und die Abkühlung der überhitzten Wirtschaft angesehen werden; die Landwirtschaft sowie die Bereiche Energie, Transport und Rohstoffe hätten verbessert und das Handelsbilanzdefizit durch einen Überschub ersetzt werden können. Ende Juni hätten die Devisenreserven 33 Mrd. US\$ betragen.

Der Bericht weist außerdem darauf hin, daß die Einkommen in der Austerity-Periode trotz allem gestiegen seien. Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung übersteige das Einkommen von 1988 um 5,2%, und in den ersten neun Monaten d.J. sei sogar ein Anstieg um 8% gegenüber der Vorjahresperiode erfolgt.

Allerdings seien auch in der Austerity-Periode eine Reihe von Problemen ungelöst geblieben. Hierzu zählten die niedrige wirtschaftliche Effizienz, hohe Lagerbestände, eine irrationale Wirtschaftsstruktur und hohe Finanzdefizite. Im Vergleich zu 1988 sanken die Gewinne der Industrieunternehmen um 56,5% auf 38,8 Mrd. Yuan; die Gewinne der staatlichen Handelsunternehmen sanken von 12,3 Mrd. Yuan auf lediglich 670 Mio. Yuan. Die wirtschaftlichen Verluste der Unternehmen erhöhten sich von 4,8 Mrd. Yuan auf 10 Mrd. Yuan.

Wie das Staatliche Statistikamt berichtet, habe sich auch im Jahre 1991 die wirtschaftliche Effizienz kaum verbessert, und die Unternehmensverluste würden 4,5 Mrd. Yuan betragen. Zwischen Januar und September sei das

Haushaltsdefizit auf 5,8 Mrd. Yuan gestiegen, verursacht zum großen Teil durch in- und ausländische Schuldendienstzahlungen. Allerdings wären diese Probleme nicht das Ergebnis der Austerity-Politik, die im großen und ganzen beendet sei.

In dem Bericht wird die Fortsetzung der Reformen als dringend angesehen, um schrittweise ein einheitliches Marktsystem zu schaffen. Weitere Reformen seien auch im Steuer- und Finanzsystem und in der Stärkung der makroökonomischen Kontrolle erforderlich. (XNA, 23.11.91, RMRB, 22.11.91) -schü-

*(30)

Expansion der Aktienmärkte

Die Zentralbank hat Anfang November der Emission von 21 zusätzlichen Aktien an den Börsen in Shanghai und Shenzhen zugestimmt. Der Wertpapiermarkt in Shenzhen wird elf neue zu den bestehenden sechs Gesellschaften zulassen und Aktien mit einem Nennwert von rund 200 Mio. Yuan (rd. 65 Mio. DM) anbieten. Über ein Losverfahren wurden Anträge auf Aktienkauf berücksichtigt; die individuell erwerbbar Aktienmenge wurde auf 2000 beschränkt. (XNA, 8.11.91) Shenzhen plant auch die Ausgabe einer speziellen Kategorie von B-Aktien, die ausländische Käufer erwerben können. (XNA, 7.11.91)

Die Wertpapierbörse in Shanghai kann die Zahl ihrer Aktien von derzeit 10 auf insgesamt 18 Aktien erhöhen. Auch in Shanghai soll nach der Genehmigung durch die Zentralbank Ende November d.J. mit dem Verkauf von Aktien an ausländische Investoren begonnen werden. Die Aktien lauten auf Renminbi, müssen jedoch von Ausländern mit Devisen zum Umtauschkurs der staatlichen Devisen-Swapzentren erworben werden. Ausländischen Investoren soll nach Abzug von Steuern der Transfer von Dividenden oder Gewinnen erlaubt sein. (AWSJ, 25.11.91)

Die Zulassung neuer Gesellschaften an den Aktienbörsen und die Ausgabe von Aktien an ausländische Investoren kann als Zeichen für eine wieder beschleunigte Reform des Kapitalmarktes bewertet werden. Allerdings betont Ministerpräsident Li Peng bei einem

Besuch der Shanghaier Wertpapierbörse Ende November, daß der Wertpapiermarkt dem sozialistischen Wirtschaftsaufbau dienen müßte und durch eine effiziente makroökonomische Kontrolle die Spekulation und hohe Preisfluktuationen reduziert werden sollten. (XNA, 25.11.91) -schü-

*(31)

Weiterer Anstieg der privaten Sparguthaben

Trotz einer Reduzierung der Sparzinsen und einer Anhebung der staatlich festgesetzten Verkaufspreise für subventionierte landwirtschaftliche Produkte erhöhten sich die Sparguthaben in diesem Jahr kontinuierlich.

Einem Bericht der von der Zentralbank neu herausgegebenen Zeitschrift "Banking Information" zufolge, stiegen die gesamten Spareinlagen bis Ende Juni d.J. um 32,8% gegenüber der Vorjahresperiode und betragen 825,7 Mrd. Yuan (ca. 150 Mrd. US\$). In dem Bericht werden ebenfalls einige Ergebnisse der vierten landesweiten Untersuchung über das Verhalten der Bankkunden aufgeführt.

Von den insgesamt 5.754 befragten Bankkunden, die über ein Sparguthaben von insgesamt 7,94 Mio. Yuan (ca. 1,5 Mio. US\$) verfügen, gaben 61% an, daß ihr Einkommen im ersten Halbjahr 1991 größer als im Vorjahreszeitraum war, während 39% einen Rückgang ihrer Einkommen hinnehmen mußten. Nach den Inflationserwartungen befragt, antworteten 74% der Befragten, daß sie mit stabilen Preisen oder mit einem Rückgang der Preise rechneten. Lediglich 24% der Befragten erwarteten einen starken Preisanstieg, dies sind 3% weniger als bei der vorangegangenen Befragung im November letzten Jahres.

Auf ihre Reaktion zur Zinssenkung befragt, beabsichtigten 54% trotz des Rückgangs mehr zu sparen, 29% planten den Kauf von Kapitalanlagen mit höheren Zinssätzen und 17% planten, ihre Sparguthaben für den Kauf von Konsumgütern aufzulösen. Im Falle eines starken Preisanstiegs würden 46% der Befragten auch weiter neue Einlagen machen, 26% würden zwar nicht bestehende Sparguthaben auflösen, doch keine zusätzlichen Gelder sparen, und 19% würden ihre Guthaben für Konsumgüter auflösen.

Nach den Spargründen befragt, gab der überwiegende Teil der befragten Kontoinhaber vor allem die Ausbildung der Kinder sowie die eigene Altersversorgung an. Als weitere Gründe wurden der Kauf von Wohnraum und Möbeln sowie das Sparen für Hochzeiten genannt.

Zu den Sparern mit den größten Guthaben zählten private Geschäftsleute, die insgesamt zwar lediglich 500 bzw. 8% der gesamten Befragten stellten, aber über 2,4 Mio. Yuan bzw. rund 30% der gesamten Sparguthaben verfügten; im Durchschnitt entfiel auf jeden Selbständigen ein Sparguthaben von 4.796,60 Yuan. Demgegenüber verfügten Lehrer lediglich über durchschnittliche Sparguthaben von 707 Yuan und Regierungsanstellte von 783 Yuan. (XNA, 2.11.91) -schü-

*(32)

Kein Durchbruch bei Beschäftigungsreform

Nach Angaben der *China Daily* vom 5.11.91 fanden in den ersten neun Monaten dieses Jahres mehr als vier Millionen Beschäftigte einen Arbeitsplatz. Allerdings wurden über die Hälfte der neu eingestellten Arbeitskräfte nicht als 'Vertragsarbeiter' mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen beschäftigt, sondern zu den Bedingungen des Systems der "Eisernen Reisschüssel" bzw. der Arbeitsplatzgarantie bis zum Rentenalter. Diese Entwicklung behindere die Umsetzung der Reformen im Beschäftigungssystem, die 1986 eingeleitet wurden und eine Einstellung von Arbeitskräften auf einer Vertragsbasis mit einer Laufzeit von höchstens zwei Jahren vorsahen. Nach der Planung des Arbeitsministeriums soll der überwiegende Teil der Beschäftigten in den nächsten 20 Jahren im Rahmen von Arbeitsverträgen eingestellt werden.

Die Umsetzung der Reform sei auch deswegen ein Problem, weil die Regierung zwar staatliche Unternehmen zur Einstellung von Vertragsarbeitern ermutige, gleichzeitig jedoch die administrative Zuteilung von Arbeitskräften an die Unternehmen aufrechterhalte. Diese betreffe vor allem die Zuweisung von Universitätsabsolventen durch die Zentral- und Provinzregierung sowie von älteren Arbeitskräften, deren Unternehmen geschlossen wurden, und die über eine Arbeitsplatz-

garantie verfügten. Außerdem müßten die Unternehmen oftmals bei der Suche nach besonders dringend benötigten Fachkräften vom Prinzip der befristeten Einstellung abweichen. -schü-

*(33)

Steigende Preise beim Wohnungskauf

Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet, stiegen die Preise für käuflich erwerbbarer Wohnraum in den Städten in den letzten Jahren deutlich an. Der durchschnittliche Preis für einen Quadratmeter Wohnraum betrug bei Beginn der Reform im städtischen Wohnungsbau im Jahre 1980 noch 200 Yuan, so daß eine Wohnung mit einer Fläche von 50 m² für 10.000 Yuan erworben werden konnte. Im Jahre 1990 dagegen mußte für eine gleich große Wohnung bereits ein Preis von 65.000 Yuan bezahlt werden.

Die Gründe für diesen Preisanstieg gehen sowohl auf die höheren Grundstücksgebühren, Lohnkosten und Baustoffpreise sowie auf die gestiegenen Steuern und übrigen Kosten zurück. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sich der überwiegende Teil der Bevölkerung aufgrund des Preisanstiegs einen Wohnungskauf nicht leisten könne. Um den Erfolg des Reformprogramms nicht zu gefährden, müßten die Lokalregierungen Maßnahmen zur Kontrolle der Preisentwicklung festlegen. (XNA, 25.11.91)

Auch in der Renmin Ribao vom 11.11.91 wird in einem längeren Artikel die Frage nach der Zumutbarkeit höherer Preise für Wohnraum in den Städten gestellt. Allerdings wird in diesem Artikel u.a. gefordert, Wohnungen ebenfalls als Konsumgut zu betrachten, für das ein entsprechender Preis bzw. Einkommensanteil gezahlt werden müßte. Im Vergleich zu anderen Ländern würde China eine irrationale Konsumstruktur aufweisen und es würde elektronischen Haushaltsgeräten eine höhere Präferenz als dem Wohnraum eingeräumt. Beispielsweise sei die Verbreitungsrate von Farbfernsehgeräten in Beijing höher als in Paris. Außerdem sollte die Fähigkeit, Wohnraum käuflich erwerben zu können, unter Berücksichtigung des langfristigen Mietkaufs mit relativ niedrigen Raten gesehen werden. Auch in anderen Ländern sei die Bevölkerung

nicht in der Lage, den gesamten Preis beim Wohnungskauf sofort zu entrichten. In Hongkong beispielsweise würden hierfür 20 Jahre und in Singapur sogar 25 Jahre benötigt. (SWB, 28.11.91) -schü-

Taiwan

*(34)

Besuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk in Taipei

Südafrikas Präsident Frederik Willem de Klerk stattete Taiwan vom 14. bis 16. November einen Staatsbesuch ab. In seiner Begleitung befanden sich 56 Personen einschließlich seines Außenministers R.F. Botha. Südafrika ist einer der wenigen weltpolitisch bedeutenden Staaten, mit denen Taipei noch volle diplomatische Beziehungen unterhält. Im letzten Oktober war Außenminister Botha nach seinem Besuch in Taipei anlässlich des 80. Nationalfeiertags der Republik China heimlich nach Beijing gereist. Dies löste Spekulationen über einen möglichen Kurswechsel der Chinapolitik Südafrikas aus, d.h. Anerkennung der VR China mit dem zwangsläufigen Abbruch der bestehenden Beziehungen zu Taipei.

Vor der Presse betonte Präsident de Klerk die unverbrüchliche Treue zu den "alten Freunden" in Taiwan. Südafrika werde in den diplomatischen Beziehungen mit Taipei nichts ändern, solange er Einfluß auf die politischen Entscheidungen seines Landes habe. Er räumte aber ein, daß sein Land in eigenem Interesse Handel mit dem chinesischen Festland betreiben wolle.

Während seines Besuchs wurde ein Investitionsförderungsabkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet; auch wurde der Vertrag über beiderseitige Flugverbindungen erneuert. Der bilaterale Handel erreichte im letzten Jahr ein Volumen von 1,9 Mrd. US\$; 300 taiwanische Firmen haben bislang in Südafrika investiert. (LHB, 15.-17.11.91; FCJ, 15., 19.11.91; vgl. auch C.a. Okt. 91, Ü 14, S.626 f.) -ni-